
Ja zu Deutschland- Ja zur Zukunft

Wahlprogramm der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands zur
gesamtdeutschen
Bundestagswahl
am 2. Dezember 1990





| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| I. Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft . . . | 3 |
| II. Mit der Sozialen Marktwirtschaft schaffen wir Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit | 5 |
| III. Wir wollen ein sozial gerechtes und menschliches Deutschland | 11 |
| IV. Wir setzen mehr Umweltschutz durch | 15 |
| V. Wir schützen den freiheitlichen Rechtsstaat und bewahren den inneren Frieden | 18 |
| VI. Wir sichern Frieden und Freiheit . . . | 19 |
| VII. Am 2. Dezember: Freiheit, Wohlstand und Sicherheit wählen . . . | 23 |

I. Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft

1 Deutschland ist vereint und frei. Der Auftrag des Grundgesetzes, in freier Selbstbestimmung die Einheit zu vollenden, ist erfüllt. Unfreiheit, Unrecht und Teilung sind überwunden.

Mit ihrer friedlichen Revolution haben sich die Menschen von einer sozialistisch-kommunistischen Diktatur befreit. Mit ihrem Mut, ihrer Besonnenheit und ihrer Freiheitsliebe haben sie die gewalttätige SED-Herrschaft friedlich zu Fall gebracht. Sie haben sich für Freiheit und Einheit entschieden und ein Kapitel deutscher Geschichte geschrieben, auf das wir stolz sind. Wir erinnern uns dankbar an den Beitrag der Kirchen zur friedlichen Revolution.

Die CDU hat immer an dem Ziel eines freien und vereinten Deutschland festgehalten. Wir haben dieses Ziel erreicht. Wir können jetzt Freiheit, Sicherheit und Wohlstand und eine menschliche Gesellschaft in ganz Deutschland verwirklichen. Maßstab unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen.

In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege schreckliches Leid über die Menschen gebracht. Jahrzehntelang hat politische und militärische Konfrontation die Völker Europas bedroht. Jetzt können wir die Teilung des Kontinents überwinden und eine dauerhafte und stabile Friedensordnung schaffen. Wir wollen das vereinte Europa.

2 Die beharrliche Politik der CDU und der Regierung Helmut Kohl hat dazu beigetragen, daß die Einheit Deutschlands jetzt möglich wurde. Das Vertrauen, das Helmut Kohl in West und Ost genießt, hat den Weg zur Einheit freigemacht.

Die Deutschen stehen jetzt vor der Aufgabe, die Folgen vierzigjähriger sozialistischer Diktatur und Mißwirtschaft zu beseitigen. Nachdem die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt ist, gilt es, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Jeder weiß, daß dies nicht von heute auf morgen geht. Schwierigkeiten beim Übergang vom Sozialismus zur Sozialen Marktwirtschaft sind unvermeidbar. Wir alle, vor allem aber die Menschen in den neuen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und auch im wiedervereinigten Berlin stehen vor großen Herausforderungen. Wenn wir solidarisch zusammenstehen, werden wir aus ganz Deutschland ein wirtschaftlich blühendes Land machen, ein hohes Niveau sozialer Sicherheit für alle und gleichzeitig die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleisten.

3 Die Erblast des Sozialismus zu beseitigen, erfordert große ideelle und finanzielle Anstrengungen. Wir unterschätzen die Belastungen nicht, aber wir sehen in gleicher Weise die ermutigenden Perspektiven, die sich dem vereinten Deutschland und Europa als Ganzem eröffnen. Nach der Phase des Neuaufbaus werden auch in den neuen Bundeslän-

den Investitionen in die Zukunft zunehmend aus eigener Kraft finanziert werden. Unser Finanzierungskonzept beruht auf folgenden Grundsätzen:

■ Die Soziale Marktwirtschaft muß konsequent verwirklicht werden. Sie ist ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm für ganz Deutschland. Mehr Investitionen und mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze bedeuten höhere Steuereinnahmen. Diese setzen wir weiterhin vorrangig zur Finanzierung der Aufgaben in den neuen Bundesländern ein.

■ Alle Ausgaben gehören auf den Prüfstand. Einen Teil der Investitionen in die Einheit unseres Vaterlandes können wir durch Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt finanzieren.

Dies wird dadurch erleichtert, daß die teilungsbedingten Kosten von jährlich rund 40 Milliarden DM schrittweise abgebaut werden. Schon jetzt gehören die Milliarden-Ausgaben für das Überwachungs- und Unterdrückungssystem von Stasi, Mauer und Stacheldraht der Vergangenheit an.

■ Auch eine vorübergehend höhere Neuverschuldung ist vertretbar. Denn mit Krediten werden vor allem Investitionen in die Infrastruktur der neuen Bundesländer finanziert. So schaffen wir dort die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung.

■ Weitere Finanzierungsmöglichkeiten ergeben sich auch durch die Privatisierung von Unternehmen in öffentlicher Hand.

Die Regierung Helmut Kohl hat in

WACHSTUM

1982

1982 schrumpfte die Wirtschaft um 1 Prozent.

1990

1990 wird die Wirtschaft um ca. 4 Prozent wachsen; wir sind im 8. Aufschwungjahr.

den letzten acht Jahren einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen. Sie hat die Grundlage dafür gelegt, daß es den meisten Deutschen im Westen so gut geht wie nie zuvor. Daher sind sie heute auch wie nie zuvor in der Lage, ihren Wohlstandszuwachs solidarisch zu teilen. Das liegt auch in ihrem eigenen Interesse, denn es geht letztlich um Ausgaben, die den Menschen in ganz Deutschland zugute kommen. Zeitpunkt und Umfang neuer kostenwirksamer Maßnahmen ergeben sich aus den Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung in ganz Deutschland. Finanzielle Spielräume werden wir vorrangig für Verbesserungen für Familien und Alleinerziehende nutzen. Notwendig ist auch eine

steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern mit geringem Einkommen sowie von Unternehmen. Die vor uns liegenden Jahre sind Aufbaujahre. Je entschiedener und geschlossener wir alle uns am Aufbau beteiligen, desto eher werden die Schwierigkeiten hinter uns liegen, die der Übergang von einer sozialistisch-kommunistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft

II. Mit der Sozialen Marktwirtschaft schaffen wir Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit

4 Dank unserer Politik zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in den vergangenen acht Jahren befindet sich die bisherige Bundesrepublik in wirtschaftlich hervorragender Verfassung. Insbesondere die großen Reformen bei Steuern, Renten, Gesundheit und im Post- und Fernmeldewesen haben die Wirtschaft in Schwung gebracht. Weit über zwei Millionen neue, zusätzliche Arbeitsplätze sind entstanden. Die Beschäftigung ist so hoch wie nie zuvor in den vergangenen 40 Jahren. Die D-Mark zählt zu den härtesten und stabilsten Währungen der Welt. Diese erfolgreiche Politik wollen wir jetzt im geeinten Deutschland fortsetzen. Wir werden Unternehmungsgeist, Mut zur Selbständigkeit und marktwirtschaftliche Kräfte weiter

in den neuen Bundesländern bereitet. Wir haben die Chance, ein Deutschland zu schaffen, in dem alle Deutschen sich Wohlstand und soziale Sicherheit erarbeiten können. Diese Chance werden wir nutzen, indem wir solidarisch zusammenstehen und uns nicht durch Angst- und Neidparolen gegeneinander aufbringen lassen. Wir sind ein Volk mit einer gemeinsamen Zukunft.

stärken und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen fortführen. Die kleinen und mittleren Unternehmen aus Handel und Handwerk, aus Industrie und den neuen Dienstlei-

STEUERN

1982

1982 zahlte ein Durchschnittsverdiener mit 2 Kindern noch über 4.700 DM Lohnsteuer.

1990

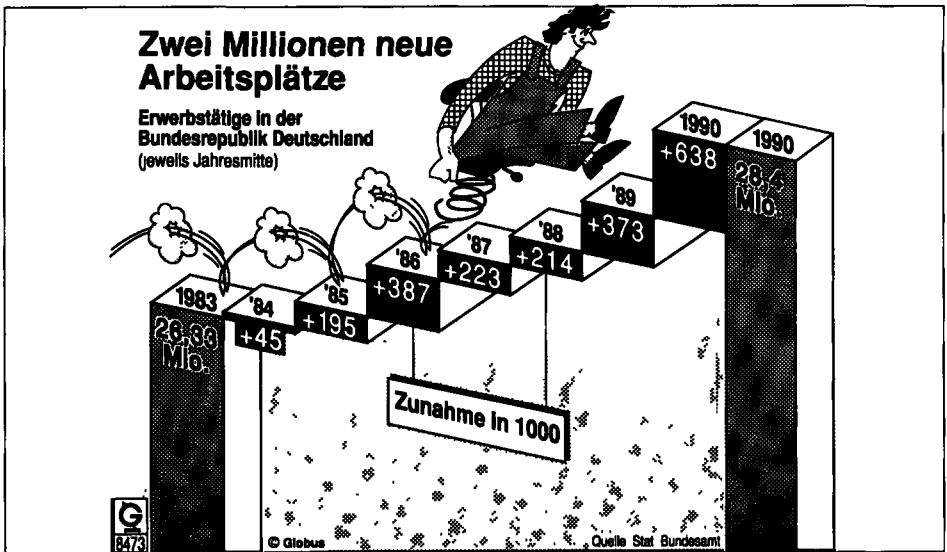
1990 zahlt ein Durchschnittsverdiener mit 2 Kindern nur noch rund 2.800 DM Lohnsteuer, also rund 2.000 DM weniger als 1982.

stungen haben ihre Leistungsstärke, Flexibilität und Innovationskraft genauso bewiesen wie die freien Berufe. Gemeinsam mit qualifizierten und leistungsbereiten Arbeitnehmern werden sie im arbeitsteiligen Zusammenwirken mit großen Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen und aus ganz Deutschland ein wirtschaftlich blühendes Land machen.

Im Hinblick auf die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes brauchen wir nicht nur offene Märkte, sondern ebenso ein investitionsfreundliches Steuersystem, das die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigt. Am Ziel der Unternehmenssteuerreform halten wir deshalb fest. Die deutsche Wirtschaft muß ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken. Dafür sind flexiblere Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen und ein klares Ja zu neuen Technologien notwendig unter Beachtung der erforder-

lichen sozialen Schutzrechte. Denn auch hiervon hängen Arbeitsplätze und unsere soziale Sicherheit ab.

Die Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaft bilden gut qualifizierte Arbeitnehmer. Die Tarifpartner, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland eine entscheidende Mitverantwortung tragen, fordern wir auf, die berufliche Weiterbildung auszubauen und in Tarifverträge verstärkt einzubeziehen. Qualifizierung ist für Arbeitnehmer wie für Unternehmen lohnende Investition und ein guter Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Unsere wirtschaftlichen Chancen liegen gerade auch im Export hochwertiger Produkte und Dienstleistungen. Spitzenleistungen in Forschung und Technik sind entscheidend für die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit unseres Landes. Die Einführung moderner Technik wird auch in den neuen Bundesländern wesent-



EXPORT

1982

1982 wurden Waren im Wert von 427,7 Mrd. DM in alle Welt geliefert.

1990

1989 waren es fast 50 % mehr. Die Bundesrepublik Deutschland exportierte Waren im Wert von 641,3 Mrd. DM. Wir sind Weltspitze im Export.

lich zum Aufschwung beitragen. Wohlstand entsteht dort, wo der technische Fortschritt durch Unternehmer und Arbeitnehmer kreativ genutzt und vorangetrieben wird. Bei Einsatz und Verwendung neuer Techniken sollen im Sinne sozialer Partnerschaft Arbeitnehmer frühzeitig einbezogen werden. Dies fördert das partnerschaftliche Arbeitsklima in unseren Betrieben, das weltweit anerkannt wird. Zum sozialen Frieden und damit zur Attraktivität des Industriestandortes Deutschland trägt ebenso die bestehende Mitbestimmung der Arbeitnehmer in unseren Unternehmen bei.

5 Ein modernes Industrieland braucht leistungsfähige Kommunikationsnetze und Verkehrswege.

In den neuen Bundesländern werden bis 1997 in den Ausbau der Telekommunikation ca. 55 Milliarden DM investiert werden. Dies ermöglicht den Ausbau des Telefonnetzes von ca. 1,8 Millionen auf über 7 Millionen Telefonanschlüsse. Hier liegt nicht zuletzt ein großes Potential an Aufträgen für leistungsfähige mittelständische Betriebe aus Handwerk und Industrie.

Die Einigung Deutschlands und Europas bringen neue Aufgaben und Chancen für die Gestaltung der Verkehrswege mit sich. Wir wollen den notwendigen Ausbau des Verkehrsnetzes umweltverträglich gestalten. Deshalb treten wir für eine schnelle Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern ein. Mit einem Sofortprogramm muß der Zustand der dortigen Straßen rasch verbessert werden. Dabei muß auch geprüft werden, ob und inwieweit im Bereich der Infrastrukturinvestitionen private Finanzierung sinnvoll eingesetzt werden kann. Wir wollen ebenso, daß der gemeinsame Verkehrswegeplan für Deutschland bis Ende 1991 erstellt wird.

Neue Schienentrassen für Hochgeschwindigkeitszüge sollen die europäischen Zentren miteinander verbinden.

Eine neue Arbeitsteilung der Verkehrsträger ist notwendig. Die Bildung von Transportketten durch die verschiedenen Verkehrsträger, d. h. der kombinierte Verkehr, muß gefördert werden. Er reduziert Umweltbe-

lastungen, spart Energie ein und entlastet die Straße.

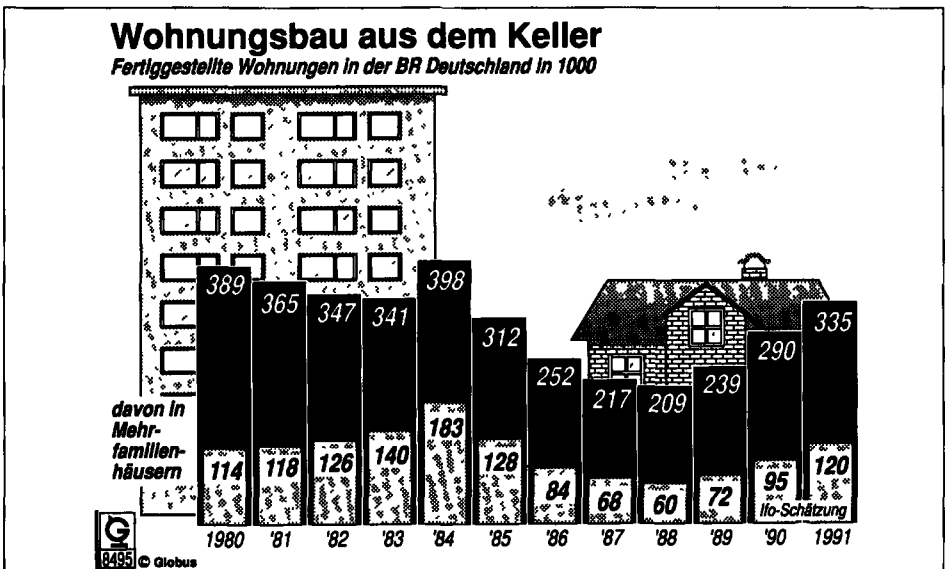
Im Straßenbau gilt für uns das Prinzip „Ausbau vor Neubau“. Wir müssen intelligente verkehrslenkende Systeme schaffen, um einen besseren Verkehrsfluß, insbesondere auf unseren Straßen, zu erreichen. Jeder Stau, der vermieden wird, ist ein Beitrag zum Umweltschutz. Unfallschwerpunkte müssen entschärft werden. In den Ballungszentren müssen Bahnen und Busse eine günstige Alternative zum Auto sein. Die Attraktivität der Innenstädte kann so erhöht werden.

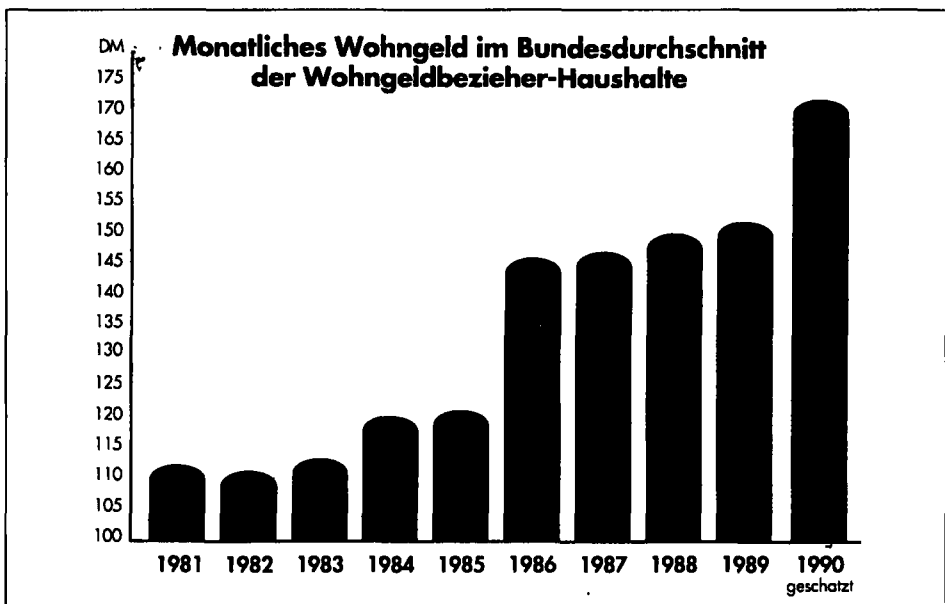
6 Eine ausreichende und kostengünstige Wohnungsversorgung zu sichern, ist eine vorrangige Aufgabe in Deutschland. In den neuen Bundesländern müssen menschenwürdige Wohnverhältnisse hergestellt werden. 10 Milliarden DM zinsgünstige Kredite werden bis 1993 bereitgestellt, um den Wohnungsbestand

dort instandzusetzen und zu modernisieren.

Das umfangreiche Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung, zu dem erheblich verstärkte Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau, Steuererleichterungen, Bausparhilfen und bau- und planungsrechtliche Erleichterungen gehören, muß weiter zügig verwirklicht werden. Wir streben an, innerhalb der nächsten vier Jahre zwei Millionen neue Wohnungen in ganz Deutschland zu schaffen. Damit mobilisieren wir vor allem die Leistungsfähigkeit privater Investoren, die die Hauptträger des Wohnungsbaus sind. Wir erwarten, daß Länder, Städte und Gemeinden ihrer Mitverantwortung gerecht werden, indem sie zusätzliche Fördermittel bewilligen, Bauland bereitstellen und Baugenehmigungen unbürokratisch erteilen.

Die Wohnsituation in den Hoch-





schulstädten ist besonders schwierig. Wir brauchen vor allem auch zusätzliche Wohnheimplätze. Das Sonderprogramm der Bundesregierung für den Bau von Studentenwohnungen wird fortgesetzt und eröffnet erfolgversprechende Perspektiven.

Um das Wohnungsangebot gezielt für einkommensschwache Haushalte auszuweiten, muß der soziale Wohnungsbau den frei finanzierten ergänzen. Seine Förderung muß verstetigt werden.

Die inzwischen verdoppelten Wohngeldzahlungen bleiben auch in Zukunft eine wichtige Hilfe für alle Haushalte, deren Einkommen für eine angemessene Wohnungsversorgung nicht ausreicht. Wir werden das Wohngeld regelmäßig an die Mietentwicklung anpassen.

Mehr Mieter sollen Eigentümer werden können. Die private Eigentums-

bildung werden wir konsequent fördern — insbesondere für kinderreiche und junge Familien, denn es darf nicht zur Alternative „Wohneigentum oder Familie“ kommen. Staatliche Wohneigentumsförderung — sei es durch Steuerentlastungen oder durch Direkthilfen — muß so gestaltet werden, daß sie insbesondere den Familien mit geringem Einkommen hilft. In den neuen Bundesländern ist der staatliche Wohnungsbestand soweit wie möglich in Privateigentum zu überführen.

Um Mieter vor überhöhten Mieten stärker zu schützen, ist das Miethöherecht erneut zu überprüfen. Rahmenbedingung bleibt jedoch, private Investoren nicht abzuschrecken. Etwaige Mietrechtsänderungen müßten zudem zeitlich befristet und auf die Ballungsgebiete begrenzt werden, in denen die Wohnraumversorgung

zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist.

Das reiche Kultur- und Bauerbe der Deutschen muß bewahrt werden. Stadt- und Dorferneuerung ist eine wichtige Aufgabe. Wir brauchen nicht nur ausreichenden, sondern einen qualitativ guten und architektonisch ansprechenden Wohnraum.

Wohnungsbau und Städteplanung sollen die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebenslagen der Menschen — vor allem von Familien mit Kindern — berücksichtigen und das Zusammenleben verschiedener Generationen fördern.

7 Trotz der eingeleiteten Neuorientierung der Agrarpolitik — in der EG wie jetzt auch in den neuen Bundesländern — bleibt die Lage der Landwirtschaft insgesamt weiterhin schwierig. Der Strukturwandel wird weitergehen. Die Landwirte können dabei auf unsere Hilfe rechnen. Ziel unserer Agrarpolitik ist es, die Wettbewerbsfähigkeit einer möglichst großen Zahl bäuerlicher Betriebe zu sichern, die Funktionsfähigkeit und die Infrastruktur des ländlichen Raumes zu verbessern und die Kulturlandschaft zu erhalten.

Wir haben in den zurückliegenden Jahren die finanziellen Mittel für die Landwirte erheblich gesteigert. Die soziale Absicherung wurde verbessert, die Förderung in den benachteiligten Gebieten ausgeweitet, ein flächenbezogener Einkommensausgleich eingeführt, und über eine Quotenregelung wurden die Milchüberschüsse beseitigt. Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern unterstützen wir durch Hilfen zum Abbau

der Überschüsse, durch die Absicherung sozialer Härten, durch den Aufbau einer modernen Vermarktung, durch Hilfen zur Neugründung von Familienbetrieben und durch Hilfen zur Umstrukturierung landwirtschaftlicher Genossenschaften.

Zur Zukunftssicherung der Landwirtschaft müssen Produktionsüberschüsse durch eine gezielte Mengenerückführung und nicht durch eine Politik des ständigen Preisdrucks EG-weit abgebaut werden. Die Preispolitik muß Grundlage der landwirtschaftlichen Einkommen bleiben.

Alle EG-Länder müssen ihren Beitrag zu einem Marktausgleich leisten. Die deutschen Landwirte dürfen nicht dadurch benachteiligt werden, daß sie Maßnahmen wie Flächenstillegung, Extensivierung und Vorruhestand umsetzen, während andere EG-Länder ihre Verpflichtungen zur Mengenerückführung nicht erfüllen.

Die Chancen nachwachsender Rohstoffe müssen verstärkt erforscht und genutzt werden. Die Ausgleichszahlungen für landschaftspflegerische Leistungen werden wir verbessern. Die EG-Agrarstrukturpolitik muß den regionalen Besonderheiten der einzelnen Mitgliedsstaaten mehr Rechnung tragen.

Eine wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung der Landwirte ist die Entwicklung des ländlichen Raumes. Seine Wirtschaftskraft muß gestärkt, Verkehrsverbindungen müssen verbessert, das Bildungsangebot muß ausgeweitet werden. Die modernen Dienstleistungen des Post- und Fernmeldewesens müssen auch im ländlichen Raum weiter ausgebaut werden.

III. Wir wollen ein sozial gerechtes und menschliches Deutschland

8 Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU zugleich einen weltweit vorbildlichen Sozialstaat vorkirlicht. Alle großen Sozialgesetze wurden von ihr entwickelt und durchgesetzt. Sie sichern allen Deutschen Würde und Freiheit, Vielfalt der Lebenschancen und Geborgenheit. Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Nur eine leistungsfähige Wirtschaft ermöglicht soziale Gerechtigkeit, aber eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und führt zu volkswirtschaftlichen Verlusten.

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft geht wesentlich auf die soziale Partnerschaft zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern zurück. Soziale Partnerschaft setzt auf den Willen zum Konsens. Dieser bewahrt den sozialen Frieden und trägt damit zum Gemeinwohl bei. Wir setzen deshalb weiter auf soziale Partnerschaft.

9 Unser Ziel ist eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Wir unterstützen den Wunsch der Frauen nach gleichberechtigter Teilhabe und Mitgestaltung in allen Lebensbereichen. Die immer noch bestehende Benachteiligung vieler Frauen widerspricht dem Auftrag des Grundgesetzes. Die CDU will die Voraussetzun-

gen dafür verbessern, daß Frauen und Männern in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen. Sie sollen sich frei zwischen Beruf und Familie entscheiden oder beides miteinander verbinden können. Wie im Einigungsvertrag festgelegt, setzen wir uns dafür ein, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.

10 Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Familie. Wir wollen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft, in der Eltern ihre Kinder ohne wesentliche berufliche und finanzielle Nachteile großziehen können. Die CDU hat mit der Verbesserung des Familienlastenausgleichs, mit der Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub und mit der Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht Familien und Alleinerziehende materiell besser gestellt und so dazu beigetragen, daß die Arbeit in der Familie ebenso anerkannt wird wie die Erwerbsarbeit.

Wir halten fest an dem Ziel, den Familienlastenausgleich weiter zu verbessern. Wir wollen das Kindergeld — insbesondere für das erste Kind —, den Kinderfreibetrag und den Kindergeldzuschlag erhöhen. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wollen wir auf drei Jahre ausdehnen. Wir streben dabei an, daß der Bund die ersten zwei Jahre und die Länder das dritte Jahr finanzieren.

Wir wollen, daß Familie und Beruf

stärker miteinander in Einklang gebracht werden können und wirken weiter darauf hin, daß Männer und Frauen gleiche Chancen im Beruf haben. Eine menschliche Arbeitswelt muß erwerbstätigen Müttern und Vätern Zeit lassen, mit ihren Kindern zusammen zu sein. Flexible Arbeitszeiten und ein erweiterter Erziehungsurlaub können hierfür bessere Voraussetzungen schaffen.

Wir treten ein für ein erweitertes Angebot in der Kinder- und Schülerbetreuung. Unser Ziel ist es, für alle Kinder, die älter als drei Jahre sind, einen Kindergartenplatz zu schaffen. Auch für jüngere Kinder muß es ein altersgerechtes Angebot geben. Darauf sind insbesondere Alleinerziehende, Mütter in Ausbildung und Familien mit geringem Einkommen angewiesen. Nach einer Familienphase muß die Rückkehr in den Beruf erleichtert werden.

11 Das ungeborene Kind ist Mensch von Beginn an und steht unter dem Schutz der Verfassung. Wir treten für einen umfassenden und wirksamen Schutz des ungeborenen Kindes ein. Dies ist durch bloße Strafandrohung nicht zu gewährleisten. Schwangere in Notlagen müssen Anspruch auf eingehende Beratung sowie staatliche Hilfen haben. Umfassende Verbesserungen sollen ein Ja zum Kind erleichtern. In den neuen Bundesländern werden wir Angebote zur Beratung und Hilfe sehr rasch aufbauen. Dabei setzen wir auch auf das Engagement der Kirchen und freien Wohlfahrtsverbände.

Wir werden unverzüglich ein Gesetz zur Verbesserung des Schutzes des

ungeborenen Kindes vorlegen, mit dem einheitliches und verfassungsgemäßes Recht in ganz Deutschland geschaffen wird. Die Fristenlösung, wie sie 1975 vom Bundesverfassungsgericht verworfen wurde, lehnen wir aus ethischen Gründen in Übereinstimmung mit den Werten des Grundgesetzes ab.



12 Das vereinte Deutschland braucht das Engagement und die Kreativität der Jugend. Für junge Menschen gibt es eine Fülle von anspruchsvollen und lohnenden Aufgaben. Die vor uns liegenden Aufbaujahre bieten Zukunftschancen wie nie zuvor. Wir wollen alles tun, damit junge Menschen auf diese Chancen durch Schule und Berufsausbildung gut vorbereitet sind.

Junge Menschen brauchen eine qualifizierte und zukunftsorientierte

Berufsausbildung. Wir werden deshalb die in den neuen Bundesländern begonnene Lehrstellen-Offensive mit voller Kraft unterstützen. Das Programm für benachteiligte Jugendliche werden wir fortführen und ausbauen.

Wir wollen im geistigen und kulturellen Leben der neuen Bundesländer die Trümmerstücke ideologischer Indoktrination beiseite räumen. Dies gilt insbesondere für die Schulen und Hochschulen. Es muß gewährleistet sein, daß die heranwachsende Generation im Geist der Freiheit erzogen wird.

Die steigende Nachfrage nach Studienplätzen, vor allem in den neuen Bundesländern, erfordert eine Ausweitung des Angebotes an den Fachhochschulen und Universitäten. Wir setzen uns für eine verbesserte Grundausstattung der Hochschulen ein. Für den hohen Bedarf an wissenschaftlichem Personal in den kommenden Jahren wollen wir gezielte Nachwuchsförderungsprogramme einrichten. Wir wollen die durchschnittlichen Studienzeiten und die Schulzeiten bis zum Abitur senken. Maßstab ist, daß die junge Generation in Deutschland hinsichtlich ihrer Berufschancen gegenüber anderen jungen Menschen in Europa nicht schlechter gestellt sein darf,

Die CDU erkennt das ehrenamtliche Engagement junger Menschen in der Jugendarbeit an. Nachdrücklich bekennen wir uns zu einer Stärkung der freien Jugendverbandsarbeit. Besondere Schwerpunkte sollen dabei der Aufbau einer pluralistischen Jugendarbeit in den neuen Bundesländern sowie der Ausbau des

internationalen Jugendaustausches sein. Ziel ist es, ein gesamteuropäisches Jugendwerk aufzubauen, das einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung leisten kann.

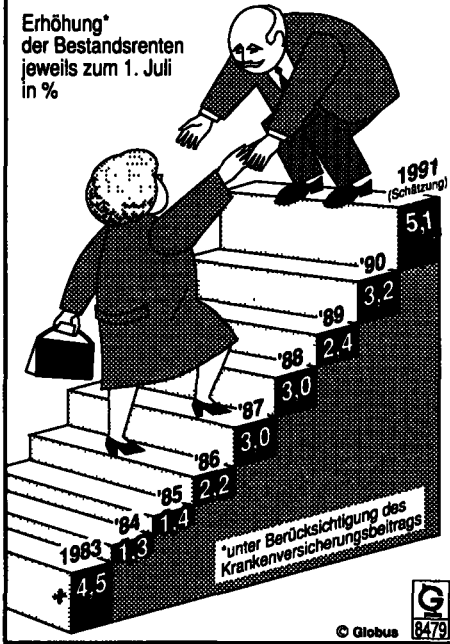
13 Wir wollen eine Gesellschaft, die ihr Selbstbewußtsein nicht nur aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft bezieht, sondern die sich auch als Kulturgesellschaft versteht. Neben der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung werden gerade Kunst und Kultur, Bildung und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bestimmen. Kultur hilft individuelle Freiheit zu wahren; sie ist ein Gradmesser für Toleranz und Offenheit einer Gesellschaft. Politik muß Kultur fördern, ohne ihre Freiheit einzuschränken.

Kunst und Kultur tragen dazu bei, die Folgen der Teilung Deutschlands zu überwinden. In dem sich einigenen Europa wollen wir die gewachsenen Kulturen der Regionen bewahren und pflegen. Das reiche kulturelle Erbe in den neuen Bundesländern gilt es zu erhalten. Für die Förderung von Kultur, Kunst und Künstlern haben wir mit der Weiterführung des bisherigen Kulturfonds bis Ende 1994 ein flexibles Instrument zur Verfügung gestellt.

14 Mit der Einführung der dynamischen Rente haben wir ein weltweit vorbildliches System der Alterssicherung geschaffen. Die dynamische Rente sichert die Teilhabe an der Einkommensentwicklung der Erwerbstätigen. Sie gewährleistet Sicherheit und Geborgenheit im Alter. Die Rentner in den neuen Bun-

Das Plus für die Rentner

Erhöhung*
der Bestandsrenten
jeweils zum 1. Juli
in %



desländern erleben schon jetzt die Vorteile dieses dynamischen Systems der Rentenanpassung, und dies wird auch in Zukunft so sein. Die Rentenreform hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Renten auch in Zukunft sicher sind.

15 Unser Ziel ist eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Deutschland. Die Gesundheitspolitik muß in Zukunft stärker die Vorsorge in den Mittelpunkt stellen. Es ist besser, Gesundheit zu erhalten, als später Krankheiten heilen zu müssen. Das Gesundheitswesen in den neuen Bundesländern muß saniert und neu organisiert werden. Dazu gehören insbesondere die freie Arztwahl, die Niederlassungsfreiheit und moderne und leistungsfähige Krankenhäuser.

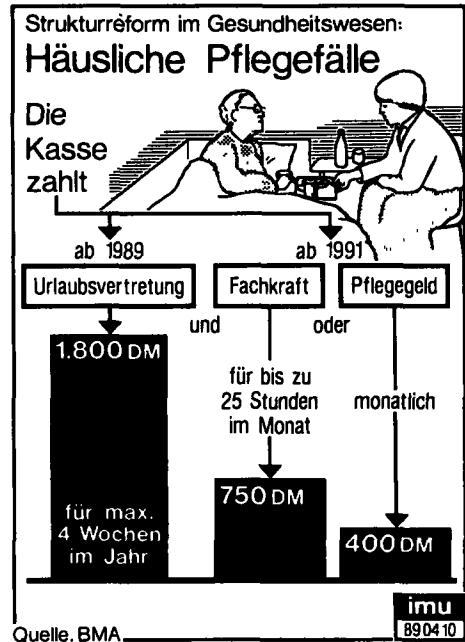
Entsprechend den Regelungen des Einigungsvertrages bleibt auch die Fortführung von Einrichtungen zur ambulanten Versorgung bis Ende 1995 möglich.

Behinderte dürfen aus unserer Gesellschaft nicht ausgegrenzt werden. Ihr Lebensmut kann Vorbild sein. Zuwendung zu Behinderten macht unsere Gesellschaft menschlicher. Deshalb treten wir dafür ein, Kranken und Behinderten die bestmögliche Betreuung und Förderung zukommen zu lassen. Darüber hinaus brauchen wir mehr menschliches Miteinander, Partnerschaft und Zusammenleben im Alltag. Wir wollen den chronisch Schwerkranken und Behinderten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern.

Um der wachsenden Zahl der Suchtmittelabhängigen helfen zu können, müssen Prävention, Beratung und Selbsthilfe verstärkt und Therapieplätze bedarfsgerecht ausgebaut werden. Insbesondere ist noch intensiver als bisher über Suchtgefahren aufzuklären. Wir werden auf die weitere Umsetzung des von uns initiierten „Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplans“ drängen.

Immer mehr Menschen müssen im Alter gepflegt werden. Die häusliche Pflege hat dabei Vorrang vor der Unterbringung in Heimen. Ambulante Dienste sollen die häusliche Pflege unterstützen, damit pflegebedürftige Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Freie Träger, ehrenamtliche Helfer und Selbsthilfeorganisationen von Senioren leisten dabei unentbehrliche Dienste. Möglichkei-

ten zur Altersrehabilitation sind zu fördern und auszubauen. Menschenwürdige Pflege und Betreuung erfordern qualifiziertes Pflegepersonal. Wer alte und kranke Menschen pflegt, leistet einen für die Gesellschaft wichtigen Dienst, der Anerkennung verdient. Insbesondere die Altenpflege gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die CDU setzt sich für die Aufwertung, für eine qualifizierte Ausbildung, bessere Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen sowie die materielle Besserstellung der Pflegeberufe ein. Für die Berufsausbildung zum Altenpfleger wollen wir gesetzliche Grundlagen schaffen. Dringend erforderlich ist es, das Pflegefallrisiko abzusichern. Dafür werden wir eine gesetzliche Regelung schaffen. Wir wollen außerdem, daß Zeiten der Pflegeleistung in der Rentenversicherung stärker berücksichtigt werden.



IV. Wir setzen mehr Umweltschutz durch

16 Die 90er Jahre müssen das Jahrzehnt eines weltweiten ökologischen Aufbruchs werden. Die deutsche Einheit bietet neue Chancen für die Umwelt, die wir im Interesse der nachfolgenden Generationen nutzen werden.

Wir wollen den Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung aufnehmen. Durch eine weitere Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes sollen die ökologischen Zusammenhänge und Belastungsgrenzen von

Natur und Landschaft stärker berücksichtigt werden.

Deutschland leistet schon heute einen richtungsweisenden Beitrag zur internationalen Umweltpartnerschaft. Die globale Umweltpolitik zum Schutz des Weltklimas, der tropischen Regenwälder und der Meere, die Helmut Kohl begonnen und international vorangetrieben hat, muß konsequent fortgesetzt werden.

Wir fordern wirksame internationale Vereinbarungen zum Schutz der Erdatmosphäre, die spätestens 1992 in Kraft treten sollen. Die Einstellung von Produktion und Verbrauch von Fluorchlorkohlenwasserstoffen,

in der Bundesrepublik Deutschland bis 1995, weltweit bis zum Jahr 2000, — die verstärkte Nutzung des Instruments „Schuldenerlaß gegen Naturerhaltung“, besonders zugunsten der Tropenwäldländer, die wirksame Durchsetzung der Meeresschutzkonventionen und internationale Vereinbarungen zum Schutz der Antarktis und der Alpen — das sind wichtige Bausteine einer globalen Umweltpolitik. Auf ihnen kann die internationale Umweltpartnerschaft weiter aufbauen.

Die unionsgeführte Bundesregierung ist zum Vorreiter für Umweltschutz in Europa geworden: Das schadstoffarme Auto und bleifreies Benzin wurden durchgesetzt. Luft und Wasser sind sauberer geworden; der Umgang mit modernen Technologien ist sicherer geworden. Die Einführung strenger Umweltvorschriften in den neuen Bundesländern kommt der Umwelt in ganz Deutschland und Europa zugute. Stark umweltbelastende und nicht sanierungsfähige Industrieanlagen müssen stillgelegt werden. Ziel müssen wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Betriebe sein, die den Menschen zukunftssichere Arbeitsplätze bieten. So wird eine rasche Verbesserung der Umweltqualität erreicht — nicht nur für die dort lebenden Menschen, sondern für viele Menschen in ganz Deutschland und den angrenzenden Ländern. Was an Verschmutzung der Oberelbe vermieden wird, entlastet auch Unterelbe und Nordsee.

Umweltschutz ist unmittelbar Gesundheitsschutz für die Betroffenen. Mit der sozialen und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft wer-

den wir die Umweltkatastrophe bewältigen, die der Sozialismus hinterlassen hat. Die ökologische Sanierung in den neuen Bundesländern soll zu einem Modell für die ökologische Erneuerung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa werden.

17 Wir werden die Leistungs- und Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft verstärkt in den Dienst der Umwelt stellen.

Dazu setzen wir alle marktwirtschaftlichen Anreize bis hin zu Abgaben

SCHADSTOFF- ARMES AUTO

1982

1982 fuhr in Deutschland noch kein einziges Auto mit geregelterm Drei-Wege-Katalysator, obwohl es diese Technik in den USA und in Japan längst gab; bleifreies Benzin gab es auch nicht.

1990

1990 sind 90 % aller neu zugelassenen Benzin-Autos mit Kat ausgerüstet; bleifreies Benzin hat schon einen Marktanteil von über 65 %.

und differenzierten Steuern gezielt ein. Die Kfz-Steuer werden wir durch eine Schadstoffsteuer ersetzen, eine CO₂-Abgabe soll EG-weit erhoben und eine Deponieabgabe für Sonderabfälle eingeführt werden.

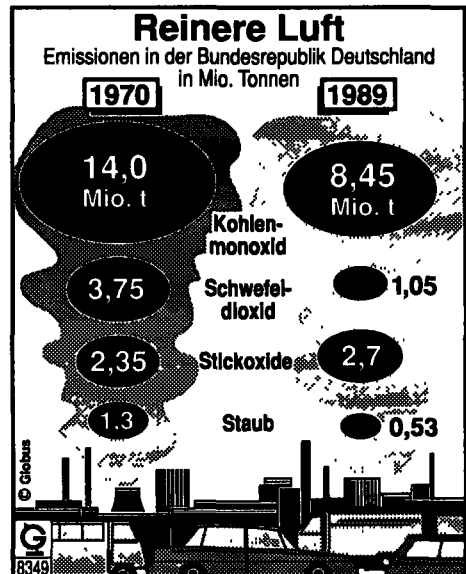
Umwelt konnte zu lange zum Nulltarif in Anspruch genommen werden. Durch Gebote und Verbote und durch marktwirtschaftliche Regelungen wird der Verbrauch von Umwelt, wo immer möglich, mit einem Preis belegt werden. Umweltfreundliches Verhalten soll sich auszahlen. Wer die Umwelt schädigt, muß für die Kosten eintreten. Die Information des Verbrauchers über die Umweltverträglichkeit von Produkten muß verbessert werden, z. B. durch eine entsprechende Kennzeichnung der Waren.

Schadensvermeidung hat Vorrang vor der Schadensreparatur. Wirtschaftswachstum und Einkommenszuwachs müssen für die Gestaltung einer lebensfreundlichen Umwelt genutzt werden. Wohlstandssteigerungen auf Kosten von Natur und Umwelt darf es nicht geben. Mehr Umweltschutz erreichen wir nicht mit weniger, sondern nur mit besserer Technik, die wir verantwortungsvoll nutzen.

Ein Schwerpunkt unserer Umweltpolitik ist die Vermeidung oder Wiederverwertung von Abfall. Wir müssen weg von der „Wegwerfgesellschaft“ und der Verpackungsflut entschieden entgetreten. Aus der Abfallbeseitigung muß eine Abfallwirtschaft werden.

18 Zu einer konsequenten Umweltpolitik gehört eine umweltgerechte Energieversorgung. Die Umweltkosten der Energieträger müssen sich in den Preisen für Energie niederschlagen, damit sparsam mit ihr umgegangen wird.

Wir brauchen eine wirtschaftliche, sichere und umweltfreundliche Energiepolitik. Deshalb wollen wir, daß die Energieträger sparsamer und effizienter eingesetzt werden, damit die Umweltbelastungen beim Einsatz von Kohle, Öl und Gas weiter drastisch sinken. Die heimische Kohle wird auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zu einer sicheren und zeitgemäßen Energieversorgung leisten. Wir wollen verlässliche Perspektiven für Unternehmer und Beschäftigte. In den neuen Bundesländern sind der Braunkohlebergbau und die Stromerzeugung aus Braunkohle



umfassend zu sanieren. Soweit dies nicht mehr möglich ist, setzen wir uns dafür ein, daß unvermeidliche Stilllegungen sozialverträglich erfolgen.

Die Kernenergie wollen wir verantwortungsbewußt nutzen und gleichzeitig die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energieträger vorantrei-

ben. Kernkraftwerke, die den Sicherheitsstandards nicht genügen, werden stillgelegt. Es darf nirgendwo einen Rabatt auf Sicherheit geben.

Ein gesamtdeutsches Energiekonzept muß erarbeitet, das Energieverbundsystem in Deutschland weiter ausgebaut werden.

V. Wir schützen den freiheitlichen Rechtsstaat und bewahren den inneren Frieden

19 Das Recht schützt die Freiheit und sichert den inneren Frieden. Die Grundsätze des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates, der föderativen Ordnung und der kommunalen Selbstverwaltung müssen in den neuen Bundesländern auf allen Ebenen und in allen Bereichen staatlichen Handelns zügig verwirklicht werden. Das bedeutet insbesondere:

- freiheitlich-demokratische Länderverfassungen und Gemeindeordnungen;
- eine unabhängige und rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtete Gerichtsbarkeit;
- ein leistungsfähiger und bürgernahe öffentlicher Dienst einschließlich des bewährten Berufsbeamtentums;
- die restlose Überwindung der Strukturen des SED-Unrechtsstaates.

Nur im Rechtsstaat verbindet sich die Forderung nach Gerechtigkeit mit dem Willen zum inneren Frieden. Wer im SED-Unrechtsstaat schwere Schuld auf sich geladen hat, der wird die Konsequenzen dafür tragen müssen. Er muß zur Rechenschaft gezogen werden. Um jedoch für unser Volk den inneren Frieden zu gewinnen, müssen wir auch die Kraft zur inneren Aussöhnung aufbringen.

20 Wir treten für einen Staat ein, der seine Bürger wirksam schützt. Polizei und Strafverfolgungsbehörden verdienen das Vertrauen der Bürger und der politisch Verantwortlichen. Der Datenschutz muß so geregelt werden, daß die Abwehr- und Fahndungsarbeit der Sicherheitsbehörden nicht unnötig erschwert wird.

Wir werden ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der international organisierten Kriminalität entwickeln und umsetzen. Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen in Europa muß die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten auch international abgesichert werden. Damit verbindet sich die Chance, wirksamer gegen das international operierende organisierte Verbrechen vorzugehen. Dieser

Herausforderung müssen wir auf Dauer mit einer europäischen Polizei — nach dem Vorbild des amerikanischen FBI — begegnen.

Wir werden terroristische Gewalttaten mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen — wie andere Kapitalverbrechen auch. Wir widerstehen allen Versuchen von Terroristen, den Rechtsstaat unter Druck zu setzen.

21 Die Völkergemeinschaft steht heute vor einer schweren Herausforderung durch die Rauschgiftkriminalität. Notwendig ist verstärkte internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit den Regierungen der Herkunfts- und Transitländer. Wir setzen uns für eine Harmonisierung des Betäubungsmittelrechts in der EG ein mit dem Ziel, daß europaweit strengere Rechtsvorschriften wirksam werden. Die Drogenfahndung an den Außengrenzen der EG muß verstärkt werden. Damit sich der Handel mit Drogen nicht länger lohnt, soll der Vermögensgewinn aus Drogengeschäften eingezogen werden können.

VI. Wir sichern Frieden und Freiheit

23 Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind das vereinigende Bekenntnis des neuen Europa. Die CDU will ein europäisches Deutschland, das bereit ist zu echter Partnerschaft im europäischen Geist.

22 Die CDU bekennt sich zum grundgesetzlich verankerten Recht auf Asyl für politisch Verfolgte. Dieses Recht darf jedoch nicht durch Mißbrauch ausgehöhlt werden. Wir treten deshalb dafür ein, den Artikel 16 des Grundgesetzes durch einen Gesetzesvorbehalt zu ergänzen, der ein Ausführungsgesetz ermöglicht. Asylbewerber aus Ländern, in denen es keine politische Verfolgung gibt, sollen bereits an den Grenzen abgewiesen werden können. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft müssen Asylrecht und Asylpraxis der Mitgliedstaaten harmonisiert werden, wobei die Genfer Flüchtlingskonvention ein wichtiger Maßstab ist.

Viele Menschen kommen zu uns, weil sie in ihren Heimatländern keine Aussichten auf eine bessere Zukunft sehen. Wir werden uns deshalb verstärkt darum bemühen, die Lebensbedingungen der Menschen in den Ländern Mittel-, Ost- und Südost-Europas und in der Dritten Welt so zu verbessern, daß sie in ihrer angestammten Heimat frei von Furcht und Not leben können.

Eine Europäische Union soll die Grundlage für das Zusammenwachsen ganz Europas sein. Dabei bleibt auch für das geeinte Deutschland die deutsch-französische Freundschaft Motor der europäischen Einigung. Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen gestärkt werden. Und nur mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kann Europa seine gemeinsamen Interessen in der Welt wirksam vertreten und seiner

Verantwortung für die Bewältigung der weltweiten Probleme der Menschheit gerecht werden.

24 Bis Ende 1992 soll der Europäische Binnenmarkt vollendet werden. Er bietet ganz Deutschland neue Chancen für Wachstum, Beschäftigung, günstigere Preise, mehr Vielfalt bei Gütern und Dienstleistungen. Die CDU will mit der Vollendung des Binnenmarktes zugleich die Grundlagen für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Politische Union legen. Mit soliden Staatsfinanzen und marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik in allen Mitgliedstaaten wollen wir die zentralen Voraussetzungen für eine gemeinsame Währung schaffen. Entscheidend sind für uns die Sicherung der Geldwertstabilität und die Unabhängigkeit eines Europäischen Zentralbanksystems. Dabei steht für uns fest: Eine künftige gemeinsame Währung in Europa muß ebenso stabil sein wie unsere D-Mark.

25 Wir wollen in guter Nachbarschaft mit Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und anderen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas leben. Wir geben den Grenzen einen neuen und zukunftsweisenden Charakter: den der offenen Wege und der Chance zur Begegnung in Freiheit.

Entsprechend unserem Grundsatzprogramm treten wir für ein international anerkanntes Volksgruppenrecht ein, das das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur gewährleistet.

Wir wollen dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Deutschen

in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas so zu verbessern, daß sie in ihrer angestammten Heimat bleiben können. Wer als Deutscher zu uns kommt, hat ein Anrecht auf unsere Solidarität.

Die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge haben mit ihrer Bereitschaft zur Integration, mit ihrer großen Aufbauleistung und mit ihrem Willen zur Versöhnung gezeigt, wie der Teufelskreis von Unrecht, Haß und Gewalt durchbrochen werden kann. Wir wissen, daß die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze besonders diejenigen Deutschen schmerzt, die durch Krieg und das Unrecht der Vertreibung ihre Heimat verlassen mußten. Wir haben Respekt vor ihnen und ihren Gefühlen und erbitten gleichzeitig ihren unverzichtbaren Beitrag zum Ausgleich und als Mittler zwischen Kulturen und Völkern. In diesem Geist leisten sie einen wesentlichen Beitrag zu einer dauerhaften europäischen Friedensordnung.

Das zusammenwachsende Europa muß die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas einschließen. Die Überwindung der Teilung unseres Kontinentes eröffnet neue und weitreichende Chancen für einen schnellen Ausbau der Zusammenarbeit in allen Bereichen.

Die CDU setzt sich dafür ein, die jungen Demokratien Mittel-, Ost- und Südosteuropas nachhaltig zu unterstützen. Alle Staaten Westeuropas sind aufgefordert, das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost in Europa abzubauen zu helfen.

Eine Schlüsselrolle für das Zusam-

menwachsen Europas spielt die umfassende Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Wir wollen an die guten Traditionen der deutsch-russischen Beziehungen anknüpfen und durch ein Werk der Verständigung und Versöhnung auch hier einen Beitrag zu einer dauerhaften Friedensordnung leisten. Die politische und wirtschaftliche Umgestaltung in der Sowjetunion werden wir nach besten Kräften unterstützen. Angesichts der Größe dieser Aufgabe ist es aber unerlässlich, daß der Westen gemeinsam und abgestimmt Hilfe leistet.

26 Deutschland wird sich am Aufbau einer neuen europäischen Friedensordnung beteiligen. Wichtige Bausteine dieser Friedensordnung sind Rüstungskontrolle und Abrüstung. Die CDU ist 1982 mit dem Ziel angetreten, Frieden zu sichern mit weniger Waffen. Dieses Ziel haben wir eindrucksvoll erreicht: Die nuklearen Mittelstreckenraketen der Sowjetunion und der USA verschwinden aus Europa und die amerikanischen Chemiewaffen sind in diesem Jahr aus der Bundesrepublik abgezogen worden. Wir begrüßen, daß es jetzt zu einem ersten Abkommen über die konventionelle Abrüstung in Europa kommt und daß unmittelbar danach die Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa wieder fortgesetzt werden.

Die Zahl der deutschen Soldaten sinkt auf nur noch 370.000. Die Wehrdienstzeit wurde auf zwölf Monate verkürzt. Alle sowjetischen Soldaten werden innerhalb von vier

Jahren Deutschland verlassen. Dies zeigt: Die deutsche Einheit dient dem Frieden und schafft neue Chancen für Abrüstung. Wir entlasten damit unsere Partner im Bündnis.

Wir werden den Beitrag leisten, der von Deutschland für Europas Sicherheit erwartet werden kann — mit einer kleineren, aber modernen Bundeswehr, die auch attraktive Zukunftschancen bietet. Wir bekennen uns zur Wehrpflicht, weil unsere Bundeswehr eine Armee unseres Volkes sein soll.

Wir schützen aber auch die Entscheidung derjenigen, die aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe verweigern und Zivildienst leisten. Wir anerkennen das Engagement, das die Zivildienstleistenden im Dienst an alten, kranken und behinderten Menschen erbringen.

NATO und Bundeswehr bleiben unverzichtbar. Sie haben über vier Jahrzehnte Frieden und Freiheit gesichert. Die Stabilität einer übergreifenden Sicherheitsstruktur in Europa verlangt den transatlantischen Verbund mit Nordamerika. Deutschland wird seiner Verantwortung für Europa gerecht werden. Es wird sich tatkräftig daran beteiligen, eine neue europäische Sicherheitsstruktur aufzubauen, in der sich Europäische Gemeinschaft, Westeuropäische Union, NATO und KSZE ergänzen. Europa muß eng zusammenarbeiten, denn nur so kann es seine Interessen in der Welt wirksam vertreten und seine Zukunftsfähigkeit behaupten. Das vereinte und souveräne Deutschland muß seiner gewachsenen politischen Verantwortung für die Siche-

rung des Friedens gerecht werden. Wir wollen dafür bald klare verfassungsrechtliche Voraussetzungen schaffen.

27 Zur Verantwortung Deutschlands gehört die Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt. Die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes verbessert unsere Möglichkeiten, die großen Herausforderungen der Menschheit — wie den weltweiten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Linderung von Hunger, Armut und Not — zu bewältigen. Das vereinte Deutschland wird sich gemeinsam mit den europäischen Nachbarn dieser Verantwortung stellen.

Das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd muß abgebaut werden. Die Achtung der Menschenrechte sowie eine freiheitlich-soziale Ordnung in Staat und Wirtschaft sind die besten Voraussetzungen für politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung. Diese Erkenntnis setzt sich mehr und mehr durch. Wir wollen insbesondere dort, wo die entsprechenden Reformen eingeleitet werden, die notwendige Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Die Entwicklungsländer müssen verstärkt Zugang zu unseren Märkten erhalten. Der Handel mit den Industrieländern ist für sie eine wesentliche Voraussetzung, die Mittel zu erwirtschaften, die für Investitionsgüter dringend gebraucht werden.

Freier Welthandel, die Absage an Protektionismus und ein erfolgreicher Abschluß der Welthandelsrunde des GATT sind für uns wie für die Länder der Dritten Welt von entscheidender Bedeutung.

Wir werden unsere finanzielle und technische Hilfe auf die ärmeren Länder der Dritten Welt konzentrieren. Es kommt darauf an, den Teufelskreis von Armut, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung durchbrechen zu helfen. Die Verschuldung von Ländern der Dritten Welt ist — trotz inzwischen erzielter Fortschritte — nach wie vor ein bedrückendes Problem. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, daß zukunftsweisende Lösungen, wie sie auf den Weltwirtschaftsgipfeln bereits diskutiert worden sind, in die Tat umgesetzt werden.

VII. Am 2. Dezember: Freiheit, Wohlstand und Sicherheit wählen

Deutschland steht vor großen Aufgaben:

- Die Erblast des Sozialismus muß rasch und finanziell solide beseitigt werden. Alle Deutschen sollen sich Wohlstand und soziale Sicherheit erarbeiten können.
- In einer Phase weltweiter Veränderungen muß das geeinte Deutschland außenpolitisch auf einem stabilen Kurs gehalten werden. Es gibt für uns auf der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker.

So wie 1949 die Weichen für die Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland gestellt wurden, werden bei der Wahl am 2. Dezember 1990 die Weichen für die Zukunft des geeinten Deutschland gestellt.

Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland stehen vor der Frage: Welche Partei ist in der Lage, unser Vaterland in eine gute Zukunft zu führen?

Die CDU hat gezeigt, daß sie in schwierigen Zeiten die richtigen Entscheidungen trifft und durchsetzt:

- Es war die CDU, die 1948/49 die Soziale Marktwirtschaft eingeführt hat.
- Es war die CDU, die entschlossen die europäische Integration vorangetrieben und die Bundesrepublik in die Wertegemeinschaft des freien Westens geführt hat.

■ Es war die CDU, die unbeirrt das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachgehalten und an dem Ziel der deutschen Einheit festgehalten hat, als andere dies längst aufgegeben hatten.

■ Es war die CDU, die seit 1982 mit Bundeskanzler Helmut Kohl die Bundesrepublik aus der schwersten Wirtschafts-, Sozial- und internationalen Vertrauenskrise herausgeführt hat, in die uns die SPD gestürzt hatte.

Auf der Grundlage eines beispiellosen Wirtschaftsaufschwungs können wir heute im vereinten Deutschland unsere gemeinsame Zukunft aufbauen. Auf die Christlichen Demokraten richten die Menschen in ganz Deutschland ihre Blicke, in uns setzen sie ihre Hoffnungen. Wir werden sie nicht enttäuschen. Wir haben klare Vorstellungen von der Zukunft. Wir haben in Jahrzehnten und insbesondere wieder in den letzten acht Jahren bewiesen, was wir leisten können — für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand für die Menschen in Deutschland. Wir setzen auf den Mut der Menschen — auf ihre Zuversicht, auf ihren Willen zur Leistung, auf die Kraft der Freiheit.

**Am 2. Dezember bitten
wir um das Vertrauen der
Bürgerinnen und Bürger.
Gemeinsam werden wir
es schaffen!**

